

Es bleibt schwammig, unklar und unbefriedigend

Vollmundig kündigte Familienministerin Schröder zu Beginn des Jahres eine Verbesserungen hinsichtlich der Kostenübernahme bei Kinderwunschbehandlungen an. Ein wenig übereuphorisiert stellte ich einen Tweet von ihr, in dem sie dranzubleiben versprach in diesen News vor. Man konnte den Eindruck gewinnen, dass sie dieses Thema ernsthaft bearbeitet und man entsprechende Änderungen möglicherweise noch im Versorgungsstrukturgesetz unterbringen würde, welches 2012 in Kraft treten wird.

-->

Die Grünen haben nun eine Antwort

Am 12. 10 dieses Jahres stellte nun die Fraktion der Grünen eine kleine Anfrage, über die ich hier berichtete und in der nachgefragt wurde, wie weit denn Frau Schröders "Kampf für die Kinderwunschpaare" nun gediehen ist.

Die Antwort ist in vorläufiger Form nun online nachzulesen. Hier wird nun etwas wolkig zu Werke gegangen. Es kommen:

*mehrere Handlungsbereiche in
Betracht: die finanzielle Unterstützung bei reproduktionsmedizinischen
Maßnahmen, die umfassende Gewährleistung psychosozialer
Beratung bei ungewollter Kinderlosigkeit, sowie Aufklärungsaktionen
zu den Hintergründen von Kinderlosigkeit und die Verbesserung der
Rahmenbedingungen zur Adoption.*

*Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
prüft derzeit verschiedene Modelle für eine bessere Unterstützung
ungewollt kinderloser Paare, die gemeinsam mit allen Beteiligten,
darunter den Ländern, beraten werden sollen.*

Nun ja, also nichts Neues, geprüft wird ja nun schon länger.

Schwarzer Peter bei den Krankenkassen?

Eine Änderung des "zuständigen" Sozialgesetzbuches V ist nicht geplant, eine dadurch bundesweit einheitliche Regelung also nicht angestrebt:

Die Voraussetzungen für die Kostenübernahme durch die Gesetzlichen Krankenkassen bleiben mit Ausnahme des im GKV-Versorgungsstrukturgesetz enthaltenen § 11 Absatz 6 SGB V unverändert. Auch eine Ausweitung auf andere Personengruppen ist nicht geplant

Weiter wird darauf hingewiesen, dass eine geplante Gesetzesänderung (§ 11 Absatz 6 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB V)) es den Krankenkassen ermöglicht, *zusätzliche Leistungen unter anderem im Bereich der künstlichen Befruchtung (§ 27a SGB V)* vorzusehen. Diese grundsätzlich begrüßenswerte Option wird jedoch aufgrund der daraus entstehenden Kosten nicht von allen Krankenkassen (wenn überhaupt) umgesetzt werden können und weiter von einer bundesweit einheitlichen Regelung wegführen.

Schwarzer Peter bei den Ländern?

Verstärkt wird dieses mögliche Durcheinander noch durch den Hinweis

Gemäß Artikel 74 Absatz 1 Nummer 26 GG haben die Länder die Möglichkeit, eigene Regelungen und eine Erweiterung der durch § 27a SGB V definierten Personengruppe vorzunehmen. Einzelne Länder haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht bzw. planen eigene Regelungen, die sich hinsichtlich der begünstigten Personengruppen unterscheiden. So unterstützt beispielsweise Sachsen-Anhalt auch nicht verheiratete Paare.

Es wird also auf die Möglichkeit der Bundesländer hingewiesen, eigene Regelungen zur Unterstützung der Kinderwunschpaare zu finden und umzusetzen, analog zum sogenannten Sachsenmodell. Im Bundesrat hat es bereits einige Vorstöße in dieser Richtung gegeben, naturgemäß jedoch mit dem Bund oder den Krankenkassen als gewünschtem Kostenträger.

Im Extremfall hieße dies, dass die Kostenübernahme für eine Maßnahme der Kinderwunschbehandlung von der Krankenkasse sowie vom Bundesland, in dem das Paar lebt abhängt. Das könnte ein ziemliches Chaos geben und aus Sicht der Betroffenen würde eine bundeseinheitliche Regelung zu mehr Gerechtigkeit führen.

Sollte eine Regelung über das SGB V nicht machbar sein ? und die Antwort schließt das ja praktisch zumindest für die nähere Zukunft aus ? sind andere Ministerien als das Gesundheitsministerium in der Pflicht, wenn es um eine länderübergreifende Regelung geht. So zum Beispiel eben das Familienministerium. Ein Modell dafür wäre Österreich, wo es einen Fonds zur Finanzierung der künstlichen Befruchtung gibt, der dem dortigen Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend untergeordnet ist. Offenbar gibt es auch hier Vorstöße in diese Richtung, denn

für die Berichterstattergespräche zum Haushalt 2012 hatte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erstmals Bundesmittel für die Unterstützung bei ungewollter Kinderlosigkeit angemeldet

"Die Ministerin spielt mit den Nöten ungewollt kinderloser Paare", kritisiert die familienpolitische Sprecherin der Grünen Katja Dörner. Sie fordert, Schröder solle zeitnah ein Modell mit solider Finanzierung vorlegen, zitiert die Ärztezeitung.

Wie ich heute gelernt habe, wird eine solche Anfrage nicht durch das Ministerium beantwortet, sondern durch die Bundesregierung. Es mag also durchaus sein, dass Frau Schröder weiterhin für die Kostenübernahme kämpft, dies jedoch gegenüber dem restlichen Kabinett schwer umsetzen kann. So mag die Aussage von Frau Dörner ungerecht gegenüber der Ministerin sein, nicht jedoch gegenüber der Regierung, führt man sich die elend lange Diskussion zu diesem Thema vor Augen (am Ende des Artikels). **Nachtrag:** An der FDP soll es wohl nicht scheitern, wie einer Presseerklärung der familienpolitischen Sprecherin zu entnehmen ist.

Und die Tatsache, dass sehr unterschiedliche Lösungsvorschläge ins Spiel gebracht werden ("*Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und*

Jugend prüft dazu derzeit verschiedene Modelle"), zeigt zwar ein gewisses Bemühen, lässt jedoch eine konkrete Strategie vermissen, also das von Dörner mit Recht geforderte zeitnah umsetzbare Modell mit solider Finanzierung.

Das Argument, viele Kinder würden nicht geboren werden, weil sich die Paare die Finanzierung der künstlichen Befruchtung nicht leisten können, kommentiert die Regierung mit dem Hinweis

Wie sich die Zahl der reproduktionsmedizinischen Behandlungen durch eine Verbesserung der Unterstützung betroffener Paare verändern würde, kann derzeit nicht abgeschätzt werden.

Was nicht ganz stimmt. Das IGES-Institut hat bereits vor gut zwei Jahren berechnet, dass es je nach angenommenem Szenario bei einer vollständigen Finanzierung zu 4300 bis 7800 zusätzlichen Geburten deutschlandweit kommen würde. Man kann verstehen, dass diese Studie kritisch gewertet wird, wurde sie doch von der Firma Merck (Hersteller von Gonal und anderen Medikamenten für die künstliche Befruchtung) finanziert. Aber selbst bei kritischer Beurteilung der Daten ist zumindest eine *Abschätzung* daraus durchaus möglich.

Zusammenfassend wird also darauf verwiesen, dass

1. Die Kassen eigenständige Kostenübernahmemöglichkeiten bekommen könnten
2. Die Bundesländer in der Pflicht stehen und eigene Initiativen entwickeln könnten
3. Das Ministerium von Frau Schröder eigene Mittel bereitstellen möchte (ohne konkreten Hinweis auf Betrag und mögliche Struktur der Finanzierung und vorbehaltlich der Haushaltsverhandlungen)

Und auch wenn einiges an gutem Willen mit ein bisschen Mühe zwischen den Zeilen hindurchschimmert, so gilt weiterhin:

Es bleibt schwammig, unklar und unbefriedigend

Inhaltsverzeichnis für die Artikelserie "Kostendiskussion"

2. Kostenfrage: Saarland wird von Thüringen unterstützt
3. Kostenfrage: Volle Erstattung der künstlichen Befruchtung?
4. Auch Hessen für vollständige Kostenübernahme

5. Kostenfrage: Es bewegt sich etwas
6. Bundesrat für volle Kostenübernahme
7. FDP in NRW für volle Kostenübernahme
8. Sachsen spendiert eine Million Euro für Kinderwunsch-Paare
9. Die Linken: Wir haben verstanden
10. Berlin: Kein Geld für IVF-Paare
11. SPD: Antwort an die Linke. Schwarzer Peter zur CDU
12. Von der Leyen: Zu ernst für politisches Zuständigkeitsgerangel
13. Kosten: Sensation?
14. Auch Bayern denkt über Kostenzuschuss nach
15. Ministerinnen streiten sich wegen Kosten
16. Neuer Vorschlag: Stiftung soll Kosten übernehmen
17. Fällt die Altersgrenze?
18. Neues von der Familienministerin
19. Kostenfrage erneut im Bundesrat zur Verhandlung
20. Bundesrat: Erneut positive Entscheidung zur Kostenübernahme
21. Gesetzesvorschlag in der nächsten Legislaturperiode
22. Antrag der Linken abgelehnt
23. Richtig gewählt? Kostenübernahme durch neue Koalition geplant
24. Noch eine leere Versprechung?
25. Kosten: Sachsen-Anhalt zieht nach
26. Kosten: Immer auf die Kinderlosen. Selbst schuld?
27. Was ist eigentlich aus dem Sachsenmodell geworden?
28. Kosten: Bundesratsinitiative abgeschmettert
29. Lauterbach für Kostenübernahme bei künstlicher Befruchtung
30. Kostenübernahme: Neue Initiative Thüringens im Bundesrat
31. Änderung der Kostenübernahme bei künstlicher Befruchtung?
32. Kostenübernahme: Frau Schröder macht ernst!
33. Mehr Kassenleistung bei künstlicher Befruchtung?
34. DIE LINKE: Künstliche Befruchtung diskriminierungsfrei gewähren
35. Es bleibt schwammig, unklar und unbefriedigend
36. Kostenübernahme: Zwischenstand
37. Kinderwunschförderungsgesetz
38. Dorothee Bär ist nun zufrieden

Stichwörter: Bundesrat, Bundestag, Gesetze, Gesundheit, Kosten, Krankenkassen, Künstliche Befruchtung, Medizin